Deutscher Bundestag **Drucksache 18/768**

18. Wahlperiode 11.03.2014

Antrag

der Abgeordneten Jan van Aken, Wolfgang Gehrcke, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Waffenexporte in die Golfregion verbieten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Region rund um den Persischen Golf gehört zu den am stärksten militarisierten Regionen der Welt. Gleichzeitig zählt sie zu den instabilsten. Zahlreiche innere wie zwischenstaatliche Konflikte wurden in den vergangenen Jahrzehnten dort ausgetragen, viele finden aktuell statt. Die Unterdrückung der schiitischen Minderheit in Saudi-Arabien, der Konflikt zwischen Nord- und Südjemen und das gewaltsame Vorgehen des bahrainischen Herrscherhauses gegen die Opposition mögen hierfür als Beispiel dienen. Die Golfregion ist ein Kriegs- und Krisengebiet.
2. Die Menschenrechtslage in den Staaten der Region ist kritisch bis verheerend. Saudi-Arabien ist einer der repressivsten Staaten weltweit. Die Todesstrafe und Körperstrafen werden regelmäßig und in großer Anzahl vollzogen. Religionsfreiheit existiert nicht einmal auf dem Papier. Katar betreibt wie auch andere Staaten der Region ein System moderner Sklaverei, in dem ausländischen Arbeitern, die beispielsweise die Spielstätten für die Fußball-WM 2022 bauen, grundlegende Rechte entzogen werden. In den Vereinigten Arabischen
   Emiraten, Oman und Kuwait werden ebenso Menschen- und Bürgerrechte missachtet. Die Situation in Jemen und Irak ist dramatisch: Terror und Repression sind dort nahezu allgegenwärtig. Iran, schon seit geraumer Zeit von deutschen Rüstungsexporten ausgeschlossen, verhängt nicht nur massenhaft die Todesstrafe, sondern vollstreckt sie sogar öffentlich. Zahlreiche Politiker, politische Aktivisten, Gewerkschafter und Kulturschaffende stehen unter Hausarrest oder sitzen im Gefängnis.
3. Die Bezieher deutscher Rüstungsgüter Saudi-Arabien und Katar finanzieren und bewaffnen islamistische Gruppierungen unter anderem in Libyen und Syrien. So reichte Katar Panzerabwehrraketen aus deutsch-französischer Koproduktion an libysche Rebellen weiter.
4. Die Regime in der Golfregion sind entweder latent oder bereits offenkundig instabil. Der Kollaps der Regime in Ägypten, Libyen und Tunesien im Arabischen Frühling haben verdeutlicht, wie brüchig die autokratischen Systeme im Mittleren Osten tatsächlich sind. Vor diesem Hintergrund ist eine außen-

politische Neuorientierung durch neu an die Macht kommende Regime in den Golfstaaten stets möglich. Heute aus Deutschland gelieferte Rüstungsgüter könnten daher kurz- und mittelfristig sogar entgegen der intendierten Lieferabsicht der Bundesregierung verwendet werden.

5. Die Ideologie und der Terrorismus Al Qaidas haben ihren Ursprung in Saudi-Arabien. Trotz des über ein Jahrzehnt andauernden „Kampfes gegen den Terror" werden sowohl Al Qaida als auch ihre Untergruppen wie angeschlossenen Gruppen immer noch aus Quellen auf der arabischen Halbinsel finanziert, Terrorattentate werden von dort aus organisiert und gestartet. Die militärische Bekämpfung Al Qaidas und ihrer Ableger in Jemen kann als gescheitert gelten.
6. Die Bundesrepublik Deutschland ist einer der bedeutendsten Lieferanten von Rüstungsgütern in die Region. Stellvertretend stehen hierfür folgende Exporte der letzten Jahre: Irak erhielt Kampfhubschrauber, Katar bekam die Lieferung von Kampfpanzern und Haubitzen von der Bundesregierung jüngst genehmigt, Mehrzweckschiffe stehen kurz vor der Übergabe an die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien erhielt eine Waffenfabrik zur Herstellung des Sturmgewehrs G36, dessen Produktion mit Hilfe deutscher Zulieferungen erfolgt. Eine Reihe von Geschäften mit Saudi-Arabien stehen aktuell im Raum: der Verkauf von Leopard-Kampfpanzern, gepanzerten Transportfahrzeugen des Typs Boxer und U-Booten des Typs 209. Das Land ist laut Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für 2012 der Hauptabnehmer deutscher Rüstungsgüter. Auch die Vereinigten Arabischen Emirate zählen zu den besten Kunden der deutschen Rüstungsindustrie.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

in die Staaten der Arabischen Halbinsel

1. keine Exporte von Kriegswaffen zu genehmigen;
2. keine Exporte von Gütern, die zur Unterdrückung der Bevölkerung genutzt werden können, zu genehmigen;
3. keine Exporte von Waffenfabriken zu genehmigen, d. h. keine Exportgenehmigungen für Fertigungs-, Herstellungs- und Technologieunterlagen, Herstellungsausrüstung sowie Komponenten zur Herstellung von Rüstungsgütern.

Berlin, den 11. März 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333